Editorial

Autor(en): **P.F.**

Objekttyp: **Preface**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **11 (1991)**

Heft 21

PDF erstellt am: **02.06.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Editorial

> Asylsuchende Kurden sind keine klassischen Gewaltflüchtlinge. ... Auch in weiten Kreisen der Bevölkerung wächst der Unmut und schlägt sich in fremdenfeindlichen Aktionen nieder. Wir müssen dabei feststellen, dass wir uns mit einem Ausschaffungsstopp international isolieren würden. Die Attraktivität der Schweiz nähme erneut stark zu.
>
> Bundesrat A.Koller (CVP), 30.1.91

Unvergesslich bleiben, so ist zu hoffen, die Fernsehbilder vom 2.5.91, als der Berner Polizeidirektor M. Albisetti (FDP) die untergetauchten Kurdenfamilien, die von kirchlichen Kreisen zu schwach geschützt wurden, durch Polizeigrenadiere in bewaffneter Montur gewaltsam verhaften liess. Helle Empörung bis weit ins liberale Lager. Dennoch hat der Aufruf der Schriftstellerin Mariella Mehr von der Solidaritätsgruppe Flüeli-Ranft zum "offenen Widerstand" die staatsfrommen linken, alternativen und grünen Parteien und kulturellen Organisationen nicht mobilisiert. Am 9.5. wurden die vierundzwanzig "abgewiesenen Asylbewerber" unter heftigen Protesten in die Türkei "ausgeschafft". Kein Thema für die Schweizer Behörden war das am 12.4.91 von Özals Regierung erlassene neue "Terrorbekämpfungsgesetz", in dem unter anderm Folterpolizisten fortan strafrechtlich kaum mehr belangbar sind und die Spaltung der Opposition in "legale" und "illegale Linke" sanktioniert wird.

In der Schweiz wiederum ist es allem voran die SVP, die ihre politische Demagogie forciert und auf ein "Notrecht" zum "Stoppen des Asylantenmissbrauchs" (Ch. Blocher) und zur Wahrung der "humanitären Tradition unsres Landes für echte Flüchtlinge" pocht. Dem kommt nun der von Bundesrat Koller und dem BIGA am 27.5. bekanntgegebene neue 'Strategiebericht' entgegen, der eine "neue Ausgewogenheit" zwischen der ausländischen und der Schweizer Wohnbevölkerung sowie eine "europakonforme" Ausländerpolitik anzielt, in der die europäischen Arbeitskräfte wie die "Spitzenkräfte" aus Japan und den USA privilegiert, die schutz- und arbeitssuchenden Menschen ausserhalb "Europas" ausgegrenzt werden. Die humanitären Menschenrechte, freies Asylrecht und internationale Solidarität, werden den Wirtschaftsinteressen – ein "legitimes nationales Interesse", so Bundesrat Koller – strikte untergeordnet. Abschreckungspolitik wie eh und je, die den "sozialen Frieden" (K. Hug, BIGA) zu sichern hat. Das wird die Migranten, das mobile Proletariat, aus den Armuts-Regionen und auf der

Flucht vor Unterdrückung und Krieg nicht hindern, in die Zentren der Wohlstands-Nationen ziehen zu wollen, wo neue Rassenkonflikte schwelen und, wie in England, Frankreich, Belgien, Italien und in den USA, immer wieder offen ausbrechen.

*

Für eine rationale Antirassismus-Politik in der Schweiz wird es darum gehen, einige Zusammenhänge, Affinitäten und Differenzen zu analysieren zwischen dem alten und neuen Rassismus, den "sozialrassistischen Manifesten" der Schweizer Neonazis und den Tendenzen eines "liberalen Rassismus", wie sie derzeit in drapierter wie auch unverhüllter Fremdenfeindlichkeit zutage treten. Das vorliegende Heft handelt nicht von der Psychologie oder Geschichte des 'Weltproblems' Rassismus. Zur Diskussion steht das veränderte Verhältnis von Rassismus, Nationalismus und Ethnizität in Ökonomie, Politik und ideologischen Diskursen. Die Grenzen zwischen Rassismus, Sexismus, Fremdenfeindlichkeit, Xenophobie und Antisemitismus sind verschiebbar, und sie werden in den einzelnen Beiträgen jeweils unterschiedlich definiert. In direkter Anknüpfung an das WIDERSPRUCH-Heft 13 'Nation, Volk & Rasse' thematisiert der Schwerpunkt 'Neuer Rassismus' auch einige Aspekte, die mit dem letzten Heft 20 'Schweiz – Europa – Strategien' in direktem Zusammenhang stehen.

Die polizeistaatliche Politik der Ausschaffungen und Abschreckung gegenüber MigrantInnen, Flüchtlingen und Drogenopfern, die innerhalb der 'Festung Europa' seitens der offiziellen Schweiz fortgesetzt wird, manifestiert den alltäglichen Behördenrassismus, der im Staatsbeamtentum zur patriotischen Pflicht erhoben wurde. Auf supranationaler Ebene verweist nach *Etienne Balibar* das ideologische Konstrukt der "Europäischen Identität" auf einen neuen europäischen Rassismus, der durch die beschleunigte 'Neuordnung Europas' und die eskalierende Diskriminierung im europäischen Sozialraum das Problem des Staates ins Zentrum der Analyse rückt – und damit den Antirassismus als transnationale, antikapitalistische Bewegung.

Die Lage für eine Politik des Antirassismus ist allerdings, so *Wieland Elfferding,* nach einem epochalen Umbruch in der sozialen Integrationsform in den 70er und 80er Jahren komplizierter geworden. Am Beispiel der United Colors of Benetton erörtert er die raffinierten Werbestrategien von Bildarrangements, die eine ethnische Toleranz suggerieren und den Schein des Rassen- und Klassenfriedens in den Köpfen zementieren.

Der Feminismus ist seit längerem geteilt, Feministinnen gehen in Fragen des Rassismus, Sexismus und Antisemitismus weit auseinander, wie *Christina Koch* und *Bea Schwager* in einer Rezension neuster Beiträge zeigen. *Annita Kalpaka* analysiert in dieser polarisierten Diskussionslage die Machtverhältnisse zwischen eingewanderten und einheimischen Frauen in Deutschland, Formen ihrer unbewussten Anpassung und Selbstunterwerfung unter Herrschaftsstrukturen, die immer wieder Entsolidarisierung und Spaltung

unter Frauen zur Folge haben. Grossen Dissens gibt es unter Feministinnen ebenfalls in der Diskussion über den Islam und das Kopftuchtragen. Selbst in der Emma-Sondernummer zum Golfkrieg wird für *Susan Boos* auf feministischer Seite viel christlich-westliche Arroganz und ethnozentrische Fixierung sichtbar, wie sie in ihrem Beitrag "Machismo, Blutrache – Frauenschicksal?" diskutiert. Die in der Boulevardpresse geschürte Islamfeindlichkeit stützt dabei die faschistische Tendenz des Fundamentalismus.

Mit dem voreiligen Gebrauch der Begriffe 'Fremdenfeindlichkeit', 'Rassismus' und 'Antisemitismus' kommt ein abwehrender Rationalisierungseffekt ins Spiel; deshalb plädiert *Berthold Rothschild* angesichts des bedrohlichen, lästigen Fremden dafür, dem eigenen schlechten Gewissen im Alltag nachzuspüren, sich der eigenen Projektionen und Vorurteile bewusst zu werden. Trotz Auschwitz steht Jüdinnen und Juden jedoch historisch kein auserwählter Opferstatus zu; eine unantastbare jüdische Opfermentalität wird zum verstärkenden Moment der antisemitischen Vorurteile.

Ist die 'multikulturelle Gesellschaft' bereits soziales Faktum oder ein kosmopolitischer Entwurf für westliche Metropolen? Auf das multikulturelle Konzept hat sich jedenfalls Ende der 80er Jahre ein breites Spektrum vom christlich-sozialen Modernisierungsflügel über liberale, sozialdemokratische, gewerkschaftliche, kirchliche Positionen bis zum sozialreformerischen Teil der Grünen in ihrer Integrationspolitik hinorientiert. Diese Politik wird begleitet von Grundsatzdebatten über multikulturalistische und universalistische Ethikmodelle, mit denen sich *Jost Müller* differenziert auseinandersetzt.

Im Gegensatz zur multikulturellen Konzeption oder zur anvisierten "modernen Vielvölkerrepublik" (C. Leggewie) wird im autoritär-populistischen Diskurs der Neuen Rechten, der neofaschistischen Gruppierungen bis hin zu neokonservativen Regierungsministerien der "Ethnopluralismus" propagiert. *Hanspeter Siegfried* gibt in seinem Beitrag "Kulturrevolution von rechts?" Einblick in die politische Ideologie und Mythenrezeption der Neuen Rechten in Frankreich und in Deutschland. In der Schweiz, so *Hans Ulrich Jost,* gibt es ebenfalls eine tiefverwurzelte Tradition der radikalen Rechten, deren politische Kultur um die Jahrhundertwende von einem "helvetischen Rassismus" geprägt ist. In einer Skizze zeichnet er die ideologische Herkunft und die Amalgamierung des rechtsradikalen Gedankenguts nach, das während der 30er und 40er Jahre als integrierte Ordnungsvorstellung der bürgerlichen Elite in Armee und Staat galt.

Waren 1986 bereits 30,4 Prozent der Schweizer Bevölkerung potentielle Wählerinnen und Wähler der Nationalen Aktion, der "politischen Bewegung gegen die Überfremdung" (siehe Dossier zur NA in WIDERSPRUCH Heft 13), so hat sich seither die Arbeitsteilung im reaktionären Parteienblock verändert und die fremdenfeindliche "Stimmung" massiv zugenommen. Laut Umfrage im Herbst 1990 (SonntagsZeitung, 7.10.90) sind über 90 Prozent der Schweizer Bevölkerung der Meinung, der "Ausländeranteil" in der Schweiz dürfe nicht mehr wachsen: 44 Prozent beklagen sich, vorwiegend in der Deutschschweiz, über "zu viele Ausländer". In diesem Klima

"wachsender Überfremdungsangst" wird die Schweizerische Volkspartei (SVP) zum politischen Auffangbecken des rassistischen und faschistoiden Wählerpotentials, wie *Jürg Frischknecht* in seiner Einschätzung festhält, während die tödlichen Gewaltakte und Drohungen der neonazistischen Gruppen gegen AsylantInnen und Asylwohnheime in breiten Bevölkerungskreisen nach aussen hin zwar auf Ablehnung, zugleich aber auf nicht wenig Verständnis und Zustimmung stossen. Auf eine weitere, gemeinhin tabuisierte Ursache der Fremdenfeindlichkeit weist *Ueli Mäder* hin. Gemäss einer soeben abgeschlossenen empirischen Studie über Basel-Stadt schüren Armut und zunehmende Armutsgefährdung in der Schweiz die Angst vor Fremden.

Warum Antirassismus-Gesetze? Was vermögen sie rechtlich und politisch zu bewirken? In Frankreich, wo seit 1972 ein Antirassismus-Gesetz in der Verfassung festgeschrieben ist und in den 80er Jahren eine starke Antirassismus-Bewegung entstand, wird kritisch Bilanz gezogen. Darüber berichtet *Bennie Koprio*. In der Schweiz liegt vorerst der Entwurf eines Antirassismus-Gesetzes vor. *Beat Leuthardt* macht eine kritische Bestandesaufnahme zum bisherigen Diskussionsstand. Der in der Apartheidjustiz, der Asylpolitik, in Parteien und Verbänden alltägliche Rassismus eröffnet seines Erachtens einer Rassismusbekämpfung auf legalistischem Weg wenig Chancen.

Die im Januar 1991 gegen das Regime in Irak begonnene Kriegshandlung der multinationalen Streitkräfte unter Führung der USA, ein Vernichtungskrieg der imperialistischen Nationen zur Wahrung ihrer Grossmachtinteressen und mit unkalkulierbarem Risiko von verheerendsten Kriegsfolgen, hat die Linke gespalten. Die militärische Intervention, vorbereitet unter anderm durch die bedenkliche Funktionalisierung der UNO, wurde zur Verteidigung einer Internationalen Rechtsordnung im Namen einer "Neuen Weltordnung" geführt. Das wirft zwingend Fragen nach der alten Weltordnung auf, die *Guido Hischier* in seinem Beitrag "Krise der neokolonialen Weltordnung" diskutiert. Die von den monopolisierten elektronischen Massenmedien hochgepeitschte Kriegszustimmung beruhte nicht zuletzt auf einer Gewissheit waffentechnologischer Überlegenheit des westlichen militärisch-industriellen Komplexes, die von Bevölkerungsteilen nordafrikanischer und arabischer Staaten auch als rassistische Aggression gegen die "arabischen Massen" und den Islam verstanden wurde, als eine erneute neokoloniale Einmischung in einen innerarabischen Konflikt mit gravierenden politischen Auswirkungen weit über die Golfregion hinaus.

Während die Rede von der Pax Americana Kriegsopfer und Kriegskosten verdrängt, sind die USA zur "Weltnation", zur "zivilen Weltmacht" avanciert, die kriegsbeteiligten Nationen zu neuen "Zivilmächten", denen in Zukunft die "Zivilisierung" der internationalen Politik überantwortet werden soll. Dieser amerikanische Anspruch auf "wehrhafte Zivilität" macht einen "posteuropäischen" Universalismus geltend, dem sich die Kontroversen über 'Zivilgesellschaft' stellen müssen. *Heinz Kleger* und *Georg Fülberth* erschliessen dazu von konträren Ausgangspunkten aus unterschiedliche Diskussionskontexte. Klegers praktische Philosophie der Zivilität, die seinen

Untersuchungen über den neuen zivilen Ungehorsam entstammt (im Erscheinen, Zürich 1991), setzt optimistisch auf eine lernfähige Demokratie, die den Herausforderungen der "Zivilisationsdynamik" gewachsen ist. Fülberth seinerseits zielt in der vorliegenden Kritik auf die bundesrepublikanische Debatte, die 'Zivilgesellschaft' im Kontext der Gramsci-Rezeption aktualisiert.

Mit der deutschen Erstveröffentlichung der Gefängnis-Hefte von Antonio Gramsci steht freilich eine neue, fundiertere Gramsci-Lektüre bevor, über deren Perspektiven im WIDERSPRUCH noch zu schreiben sein wird. Wie in einer nicht-substanzialistischen Gramsci-Lektüre die Übersetzung der Religionsfrage in hegemonietheoretische Fragestellungen der christlich-marxistische Dialog bereichert werden kann, zeigt der Beitrag von *Jan Rehmann* in diesem Heft.

P.F.

Theo Pinkus (1909 - 1991)

Theo Pinkus, Jude, Antiquar, Buchhändler und Kommunist ist tot. Am Morgen des 5.Mai hat es dieses zierliche, zähe Energiebündel von zweiundachtzig Jahren aus dem Leben gerissen. Im April noch hatte er für das Zürcher Stadthaus eine Masereel-Ausstellung mitorganisiert; am 1.Mai überraschte er uns im Kasernenhof von Zürich mit seinen neuesten Plänen, freute sich über eine Einladung zur Volksuni in Berlin, wo er nächstens eine Heartfield-Ausstellung eröffnen sollte; und selbstverständlich wollte er am Pfingstseminar in Salecina dabeisein.

Theo Pinkus war unter vielem anderen auch Mitstreiter und Mitarbeiter der Zeitschrift WIDERSPRUCH, die ihren Redaktionssitz an der von ihm gegründeten Studienbibliothek zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Zürich hat. Hier trafen wir uns in den letzten Jahren immer wieder. Er war es auch, der 1981 das WIDERSPRUCH-Heft 1 mit seinem Beitrag 'Die Parteigrenzen der Emanzipation' eröffnete. Die partei- und gesellschaftskritischen Schlussfolgerungen, die er als "Vor-33er", wie er sich gerne bezeichnete, aus den widersprüchlichen Erfahrungen seiner über fünfzigjährigen Aktivitäten in der Arbeiterbewegung gewann und in seinem Beitrag 'Utopie und Realität' (in Heft 15/88) präzisierte, zeugen von jenem Problembewusstsein und politischer Klarheit, die ihm als feinfühligem Praktiker des Emanzipationsdenkens eigen waren. Weitsichtig und unakademisch zog er seine Lehren aus den 68er Erfahrungen und spürte in seinem historischen Bewusstsein von Kontinuität jeweils genauer, was an Projekten realisierbar war und was an Unrealistischem, wenn auch gut vorgedacht, dem utopischen Überschuss geschuldet bleiben konnte. Seinen Vorstellungen der 'Anti-Integration' sowie der angestrebten, schwierigen Selbstverwaltung entsprach der Aufbau von